



Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Dresden, 1897

Bedeutend
herabgesetzte Preise
für
Beinkleider,
Anzugs-
und
Überzieher-Stoffe
bester Qualität.
Einzel-Verkauf:
Schreibergasse 2
J. Unbescheid & Söhne

Tuchwaren.

Großste Auswahl in Neuerungen für Frühjahr und Sommer der renommiertesten deutschen u. englischen Fabrikate zu billigen Preisen.

Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz 9, port. und 1. Etage.

Sonnenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

St. 120. Spiegel: Pfefferminz und Ungarn. Hofnachrichten, Dresdner Reichsverein, Gefrieranlage, Stadtverordneten, Internationale Kunstausstellung, Barberie von Sevilla.

Söllitisch.

Die in Petersburg laut und feierlich vor aller Welt befindete Übereinstimmung zwischen Russland und Österreich in den schwierigen Fragen der orientalischen Politik könnte für Österreich vielleicht auch dadurch bedeutungsvoll werden, daß sie eine Erklärung und Festigung der innerpolitischen Lage im habsburgischen Kaiserstaat in die Wege leite, indem die bisher wirkenden Hebel des Überstands gegen eine gebedliche Ausgestaltung der inneren Verhältnisse in der österreichisch-ungarischen Monarchie durch den Druck von außen hier sicher Wirkung erzeugt würden. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, als ob von russischer Seite irgend welche auch noch so entfernte Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten als möglich bedacht werden könnte. Davor ist keine Rede. Ein gemeinsamer Gesichtspunkt aber, der sich gleichmäßig für Österreich wie für Ungarn aus den in Petersburg erzielten Erfolgen der Wiener Politik abhebt, sollte für alle Patrioten beider Stützpunkte bestimmd sein ihr nächstes Verhalten sein; das ist die von Oerzen kommende Ansprache gegen Kaiser Franz Joseph II., der mit dem Feuer und der Begleitierung eines noch in der Hölle der ersten Jugendkraft stehenden Monarchen seine hohe Mission, Europa den Frieden zu wahren, erachtet und erfüllt. Es ist ein heftes leuchtendes Beispiel edelster monarchischer Fürsorge, daß der kaiserliche Herr in seiner Person darin, Es gewahrt uns an das Vorbild, das uns Deutschen im Reiche Kaiser Wilhelm I. gegeben hat und das uns noch heute im engeren Vaterlande unser hochverehrter König Albert vor Augen hält. Eine so unbedingte Hingabe an die höheren Pflichten des monarchischen Amtes, wie sie Kaiser Franz Joseph durch sein unermüdliches Arbeit in Dienste des europäischen Friedens beweist, stiftet eine siegreich wirkende Kraft aus, die die Anhänger des monarchischen Prinzipis in ganz Europa die schweren Schläge besiegen muß, die das pflichtvergessene Verfahren der gleichzeitigen Königsfamilie der monarchischen Autorität verleiht. Solche kann es nicht mit Recht hoffen dürfen, daß auch die Völker Österreich-Ungarns, denen doch die Segnungen der kaiserlichen Friedenspolitik in einer Linie zugute kommen, denen die ganze Liebe und Fürsorge des Kaisers gehört, bestrebt sein werden, Alles zu vermeiden, was dem edlen kaiserlichen Herzen Sorge und Rümmern zu bereiten geeignet ist?

Die Antwort auf jene Frage durch eine selbstüberwindende That zu geben, wäre vor Allem Ungarn herzu, dessen hartnäckige Obstruktionspolitik in der Ausgleichsfrage bisher die pieße der resistance gehabt hat, die die innere Politik der beiden Reichshälften nicht vom Friede kommen ließ. Der Stand der Sache ist zur Zeit folgender. Die Erneuerung des Zoll- und Handelsverbündes polnischen Österreich und Ungarn ist durch gegenseitige Konzessionen von Seiten der Regierungen gesichert worden. Außerdem kommen aber noch aus demselben Anlaß in Frage die Steuergesetzgebung, das Verhältnis der gemeinsamen Reichsbank, die Währung und die Verteilung der gemeinsamen Ausgaben auf die beiden Reichshälften. Auch über diese Gegenstände ist im wesentlichen eine übereinstimmende Auffassung in Wien und Budapest festgestellt worden, nur der zuletzt genannte Punkt, die Quotenfrage, bildet einen fortwährenden Stein des Anstoßes für Ungarn, den alle Bemühungen der Wiener Regierung bisher nicht aus dem Wege zu räumen vermochten. Bei der ehemaligen Feststellung der Quote im Jahre 1867 wurde die Verhältnisziffer 30:70 gewählt, die seither konstant geblieben ist. Ungewöhnlich hat aber die hochstrebende Entwicklung der wirtschaftlichen Lage dafür gesorgt, daß Österreich mit seinem proportionalen Anteil an den gemeinsamen Staatsausgaben für Ungarn einen erheblichen Teil der gemeinen Kosten mittigt, die nach dem Maße der wirtschaftlichen Rücksicht beider Länder von Rechts wegen von Ungarn selbst getragen werden müßten. Die Wiener Staatskassen sind der Meinung, daß die Thatsachen eine Erhöhung der ungarischen Quote auf 45 Prozent rechtfertigen würden. Bei dem leidenschaftlichen Widerstand aber, den jede, auch die geringste Erhöhung des ungarischen Beitrags bei den magyarischen Parteiführern findet, ist man in Wien von einer verärrigen Fixierung der Quotie längst abgelenkt und will sich mit der beobachteten Erhöhung um 5 Prozent begnügen. Das Alles, das auf diesem Wege für Ungarn heraussäume, würde etwa 6 Millionen Gulden betragen.

Angesichts der wesentlichen Zugeständnisse, die Graf Boden den Ungarn auf den üblichen Gedanken der Ausgleichsfrage gemacht hat, wird die bestehende Vermeidung des ungarischen Antrags an den gemeinsamen Staatsausgaben von den leitenden Staatsrämnern in Budapest selbst als ein unabdingbares Gebot der Billigkeit empfunden. Es ist daher auch offenes Geheimnis, daß der ungarische Ministerpräsident Baron Banffy für seine Verbündeten bereit ist, die Quotenfrage in einer der Wiener Räumen entgegenzunehmen. Weil es aber überleben läßt, schweiglich einen Standpunkt durch eine Rednung machen, die von den Regierungen in Wien und Budapest gemeinschaftlich aufgestellt und quittgezeichnet werden. Nur im ungarischen Parlament liegen die Dinge anders. Die Opposition wählt und votet dort noch wie dort, in volliger Empfindungslosigkeit gegenüber sachlichen Gründen, gegen jede Erhöhung der Quote, und ihre Herrlichkeit über die Gemüthe ist in der Quotenfrage so stark und allgemein, daß die beiden seitigen Regierungen noch immer nicht den entscheidenden Schritt gewagt haben, die Ausgleichsverträge vor die Parlamente zu bringen. Die neuzeitliche Version über die wahrheitliche Entscheidung der Quotenfrage lautet, daß nach Feststellung der Unmöglichkeit einer Einigung leitens der Quotendepartementen beide Regierungen ihre Entlastung einzulegen würden, um die für diesen

Tapeten.

Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.

Tapeten.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.

Neuheiten elegant garnirter Damen Hüte.

Regelmäßige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris.

Wachmahlische Witterung: Sonnabend, 1. Mai.

Heiter, warm.

Kommunisten um etwa 50 Prozent niedrig machen. Man würde alle Einkommensteuerzahler, die nicht Arbeitgeber sind, belassen, die Arbeitgeber dagegen und natürlich auch Grundbesitzer entlasten. Der Antrag Nösle ist allein annehmbar, weil er etwas vorschlägt, was in dieser Session noch erledigt werden könnte. Die Abstimmung würde jedenfalls die Verantwortung tragen, wenn nicht einmal dieses Wenige erreicht würde. — Staatssekretär Dr. Böttcher blättert, alle vorliegenden Vorschläge an die Kommission zu überweisen und führt dann dem Abg. Wollenbuth gegenüber aus: Wenn dieser die Arbeiter mehr bezahlt als je entlohnt hätten, so liege das eben in dem Kapitalbeschaffungsvertrag; sobald erst der Bedarfungsbestand erreicht sei, ändere sich das. Herr Dr. Webergab habe an der Vorlage eigentlich nur die Vorrichtungen über die Aufsichtsbehörde bestimmt, aber Reichsverordnungsamt sowohl wie die einzelnen Regelungen hätten eine verhältnismäßig einfache Ausführungsregelung zu geboten erhalten, weil einzelne Sicherungsanstalten zu luxuriös wirtschafteten. Eine ordnungs- und sachgemäße Verwaltung müsse geschaffen sein. Dem Antrag Bloß könnte er die Absicht auf Annahme seitens der verbündeten Regierungen nicht eröffnen, denn er gestalte die Grundlage des ganzen Verhältnisses ungünstig um, die Grundlage nämlich, daß Arbeiter und Arbeitgeber selbst gemeinsam für die Führer die Kosten tragen. Was den Antrag Nösle anlangt, so seien die Vorschriften, die bestrebt herauszuführen, keineswegs die reformbedürftigsten. Denfalls nehme man mit diesem Antrag die Kosten aus dem Büro (Reiterstein), das Liegenschaft wird dann einfach liegen gelassen werden. Das kann heute noch zu der alten Reise, Reiterstein, eine auf die Großindustrie, zurückkehren wollen, wie Reiterstein es verlangt, das habe er fausti geglückt, es wäre das auch sehr schwer zu machen und wäre Denen gegenüber zu verantworten, denen die Wohlbahnen des Gesetzes verloren und auch schon gewahrt worden seien. Das Gesetz habe sich durchaus bewährt und die Vorschriften nicht unerträglich. Wollte man den Landarbeiter hinfällig machen, so wieder auf die Armenpflege verweisen, so ist das ein Nachdruck auf den, wie er versichern zu können glaube, die verbindlichen Regelungen nicht eingezogen werden. Sodann Wieddhoff habe 1882 erklärt: Eine man diesen ersten Schritt, ziehe man die Landwirtschaft durch das Gesetz hinunter, so ist das ein Schritt, der nicht mehr zurückzugehen werden könne. Miss: Hier, hörst. Er bitte die hochverehrten Edelherren, sich dieser Ausfassung Windfuß's anzuhören. (Reiterstein.) Redner bemerkt dann noch, für die Reichs-Centralbank seien die verbündeten Regierungen nicht zu bilden. Etwas aber müßte geschehen, denn was wäre, wenn die Anzahl Königsberg bestimmt würde. Der Vorschlag Holmann, jeder Arbeiter solle an seine Heimatbankstelle die Beiträge zahlen, sei nicht annehmbar. — Abg. Höhe (Centr.) macht die Bedenken gegen den Vorschlag Reiterstein zu zerstreuen. Werde demselben stattgegeben, so könne sich auch dann noch der landwirtschaftliche Arbeiter ebenso gut wie jeder andere Arbeiter, der aus einem verhältnismäßig wichtigen Berufie ausschließe, seine Rechte erhalten. Man könne doch nicht ohne Weiteres die Kosten für die landwirtschaftlichen Arbeiter den gewöhnlichen Arbeitern aufwerfen, ohne die Unzufriedenheit der Letzteren zu erzeugen. In der Frage der Staatsaufsicht sei der Standpunkt seiner Partei dersele wie der v. Levetzow's. — Abg. v. Manteuffel (Centr.) befürwortet den Centraubau als arbeiter- und landwirtschaftlich ähnlich (Stadt: Edel) und sagt dann an der Vorlage besonders, daß sie nicht die geringste Vereinfachung bringe, dagegen die Aufsichtsregelung über Gewerbe verschärfe auf Kosten der Selbstverwaltung. Es beruhe so ziemlich über Alles Uneinigkeit, einig ist man nur über die Vereinigung der Altersrenten und gerade die steht in der Vorlage beibehalten. Vorläufig solle man jeden Beruf, an der Vorlage zu reservieren, unterlassen, denn auch der Antrag Bloß ist unbedenkbar. Warten wir, machen wir später gesetzliche Arbeit! — Abg. Höhe (Centr.) wendet sich insbesondere gegen den Gedanken des Centrums, Gewerbe und landwirtschaftliche Arbeiter wieder von der Versicherungspflicht zu befreien. — Rademacher noch Abg. Liebermann v. Sonnenberg sich für die Tendenz des Antrags Bloß ausgesprochen, schlecht die Debatté. Sämtliche Anträge auf kommissielle Verwaltung werden abgelehnt. — Montag: Interpellation betr. Sollverhältnisse zu Amerika.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags schloss heute die Beratung der Bevölkerungsabesserungsvorlage. Am Dienstag wird die Kommission in die Beratung des Nachtragsetats einzutreten.

Schwerin. Der Regent Herzog Johann Albrecht begiebt sich am Sonnabend nach Berlin, um nach erfolgter Übernahme der Regentschaft dem Kaiser seine Aufwartung zu machen.

Wien. Im Abgeordnetenhaus brachte die Fortschrittspartei, die deutsche Volkspartei, die Schönerberger, jedes für sich, Anträge ein, wonach die Minister Boden, Gleissbach, Glanz und Pöhren unterzeichneten, wegen Verbedingung der Verfassung in Anlagenland zu verzieren sind.

Reichenbach i. Schle. Seit heute früh 3 Uhr brennt die „Bewehr der Sonnauer“ in Peterswalda bei Reichenbach. Man vermutet Brandstiftung. Es ist das die Firma, die Gerhart Hauptmann unter dem Namen „Dreiheilige“ auf die Bühne gebracht hat.

Trelleborg. Heute früh 9 Uhr fuhr der neuerrichtete prächtige schwedische Postdampfer „Ax“ von Sävare nach Trelleborg. An Bord des Schiffes befinden sich 10 deutsche Zeitheilnehmer, darunter die Minister Thielens, Bredel und Schönheit. Der deutsche Gesandte in Stockholm, der schwedische Gesandte in Berlin, sowie sämmtliche schwedische Zeitheilnehmer. Der deutsche Kreuzer „Gefion“ mit dem Admiral Röder und dem Kriegsminister v. Gotha an Bord, begleitete den „Ax“ bis nach Arcona, diente dort zum Abholen des Signals „Angenehme Fahrt“ und dampfte nach Riel ab. Nach vierstündigem Überfahrt traf der „Ax“ bei berühmtem Sonnenchein Mittag 1 Uhr hier ein.

London. Das Ereignis der „Ulster“ an der schottischen Küste, die Behörlichkeit ihres Hüters und sein endlicher Erbola in Hull haben hier gewiß Kreise sehr verstimmt. Als ein Vertreter dieser Richtung stellte gestern Minister Welby im Unterhaus die Anfrage an den ersten Lord der Admiralty, ob er nicht ein oder mehrere der Torpedo- und Wachboote, welche mäßig in den Hafen von Portsmouth und Woolwich liegen, zur Bekämpfung an die nördliche Küste senden wollte, um die Interessen der dortigen Fischer vor ungefährlichem Risiken zu schützen. Die Antwort war ein trockenes Nein seitens des Herrn Welby.

London. Der Unterhauptsausschuß betr. Staatsfeste für Chambers deutete seine Verhandlungen wieder auf. Staatssekretär Chamberlain

Friedrich & Göckner streich. Goldbarren. Metall. Eisenbahn-Schienen. Pflaster. Beton. Bleche. Ziegel.

Freiburg. Pflasterboden. Schalen. Ziegel.

Leinen.

Wolle.

Zucker.

Wolle.

Wolle.